

Kann man mit Arbeitsplatzversprechen alles erreichen?

In der „Frankfurter Rundschau“, (8.11.99) gab es folgende Meldung: „Laut einer Presseinformation vom Sonntag haben die Gutachter bei der jüngsten Sitzung der Arbeitsgruppe, die das Für und Wider des Flughafen-Ausbaus erörtert, beim Flughafen und seinen Zulieferern hessenweit eine Zunahme von 140.000 auf 200.000 Arbeitsplätze prognostiziert.“

Antrag der DKP/OL-Fraktion angenommen:

Mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der DKP/OL, gegen die Stimmen der CDU wurde folgender Antrag in der Stadtverordnetenversammlung angenommen:

1. Zur Unterstützung des Widerstands gegen eine Flughafenerweiterung wird durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ein fünfköpfiger Ausschuß gebildet, in dem alle Fraktionen vertreten sind.
2. Zur Entwicklung einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "Flughafenerweiterung" werden im Nachtragshaushalt 1999 DM 15.000,- eingestellt.

Gut, der Krach nimmt auch etwas zu - aber die Arbeitsplätze - enorm!! Wer will da noch gegen einen Ausbau sein? Wie bei Panzern oder Panzerminen - entscheidend sind doch die Arbeitsplätze - oder?

Mit solchen unbelegten Meldungen kann man jede, aber auch jede andere Meinung plattmachen. „Der Ausbau bringt 60.000 neue Stellen!“ Das soll im Kopf bleiben - das bleibt im Kopf. Ob das alles stimmt, ist vollkommen zweitrangig - und natürlich nicht zu belegen. Wenn die neuen Bahnen erst einmal in den Wald betoniert sind, wird sicher keiner mehr an die Ergebnisse des „bestellten“ Gutachtens erinnern. Und es wird weiter Arbeitslose geben. Millionen.

Man spürt es: die Flughafen-Mediationsrunde geht ihrem Ende entgegen. Die Wirtschaftsverbände, die FAG und diverse CDU-SPD-FDP-Politiker erhöhen den Druck.

Den Herrschaften geht es nur noch um die Form des Ausbaus, eine Null-Option ist nicht dabei. Der Flughafen selbst nimmt, was er durchsetzen kann. Eine oder zwei Bahnen und dazu noch Erbenheim.

Aber: Egal wo die Bahnen hinbetoniert werden sollen, der Flugverkehr würde in der engeren Region bleiben.

Man will zunächst auf 660.000 Flugbewegungen erhöhen (1998 gab es 419.210).

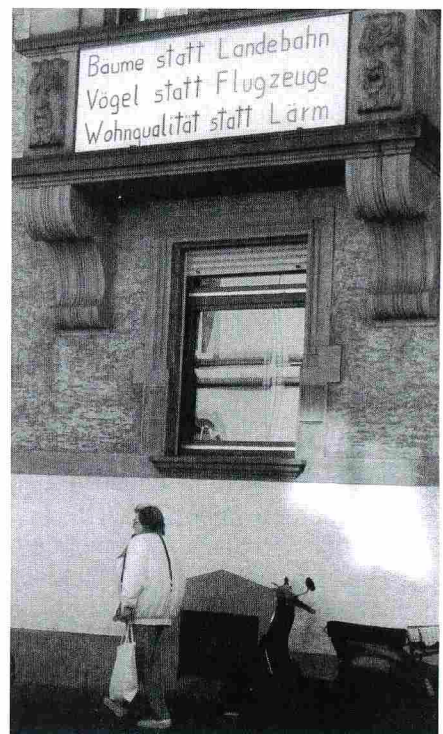
An einem Tag in diesem Jahr (15.

September) gab es schon 1.404 Starts und Landungen. Vor acht Jahren hatten wir ca. 80 Nachtflüge, heute sind es bis zu 170. In den Antwortbriefen des Fluglärmschutzbeauftragten Brunier wird der Grad der „Lärmfolter“ präzise beschrieben: 92,1 dB (A), 80,8 dB (A) usw. . . .

Die FAG will weiter in der „1. Liga“ spielen - man „kämpft“ mit „Amsterdam, Paris und London“.

Alles das hat System, ja - es ist das System. Regionaler und nationaler Egoismus, kapitalistische Wolfsgesetze, fressen oder gefressen werden.

Es wird nur vom Wirtschaftsstandort geredet, keiner benutzt das Wort Lebensstandort. Das wäre aber notwendig, denn hier leben Menschen, und die sollen auch morgen noch hier leben können.



In Frankfurt fotografiert:
„Bäume statt Landebahn - Vögel statt Flugzeuge - Wohnqualität statt Lärm“

Die Kommunen sollen mehr zahlen

Klausur: SPD-Fraktion sieht keine andere Lösung für die Finanzen des Kreises

Immer wenn Gebührenerhöhungen anstehen, werden den Kommunalpolitikern „Sachzwänge“ unter die Nase gehalten. „Es geht nicht anders“ heißt es, man spricht von „Gesetzeslage“, von „Kostendeckung“ und - wer nicht mitstimmt ist „verantwortungslos“ - und immer wieder heißt es: „Die Kommunen sollen mehr zahlen“ (FR 2.11.99). Mal davon abgesehen, dass wir in einem reichen Land leben und außerdem gerade genug Steuern und Abgaben zahlen - muß man sich trotzdem ja

„Stuttgart (dpa). Die Daimler-Chrysler AG hat in den ersten neun Monaten 1999 einen Rekordgewinn eingefahren. Der bereinigte Betriebsgewinn legte um 15 Prozent auf 7,6 Milliarden Euro (14,86 Milliarden DM) zu.“

„Frankfurt/M. (dpa). Die Deutsche Bank hat in den ersten neun Monaten 1999 ein neues Spitzenergebnis erzielt und vom Kauf der amerikanischen Bankers Trust (BT) kräftig profitiert. Der Reingewinn schnellte im Konzern gleich um 42,6 Prozent auf 1,88 Milliarden Euro (3,68 Milliarden DM) in die Höhe. Zugleich gingen die Zahlungen an den Fiskus um fast 39 Prozent auf 848 Millionen Euro zurück.“

irgendwie verhalten, bei Müll- und anderen Gebühren.

Ganz kompliziert ist die Sache mit den Müllgebühren. Seit Wochen gibt es in vielen Kommunen und in vielen Zeitungsartikeln die Diskussion: „Warum bezahlen manche viel weniger, für die gleiche Leistung?“ und „Soll das eigentlich immer so weitergehen mit den Gebührenerhöhungen?“

Zugegeben, die Sache ist kompliziert. Die Gesetzeslage: der Hausmüll soll nicht mehr unvorbehandelt auf die Deponien. Deshalb wird er verbrannt oder zum Verrotten zwischengelagert. Aber dafür gibt es unterschiedliche Gebühren. Die einen verbrennen für 300,- Mark die Tonne, die anderen haben günstigere Konditionen. Die einen setzen berechtigterweise auf Müll-

vermeidung und führen entsprechende Abholssysteme ein, die anderen halten dies für bürokratische Blödsinn. Selbst Fachleute blicken oft nicht durch. Wir halten es jedenfalls nach wie vor für unvertretbar, die Bürgerinnen und Bürger, die mit hohem persönlichen und finanziellen Aufwand Abfälle trennen, für die geringere Restmüllmenge mit immer größeren Gebührenerhöhungen zu belasten.

Der Kreis Groß-Gerau (im Kreistag ist die DKP nicht vertreten) ist am 23.11.98 dem „Zweckverband Abfallverwertung Südhessen“ (ZAS) beigetreten, bis zum Jahre 2004 wird in Darmstadt für 270,- DM die Tonne verbrannt. Der Kreis Bergstraße verbrennt in Mannheim und bezahlt 175,- DM.

Wir haben keine Übersicht ob alles unternommen wurde, um die günstigste Müllbeseitigungsmöglichkeit gefunden wurde.

Ohne jemand in irgendeiner Weise etwas unterstellen zu wollen, darf man natürlich auch darüber nachdenken: Wie kommen Beschlüsse zustande? Was geschah vorher?

Gab es Missmanagement? (Immerhin haben die Riedwerke vor kurzem schon einmal 110.000 Farbzeitungen eingestampft - Kosten wahrscheinlich ca. 300.000 DM).

Welche Fehlleistungen gab es dort noch?

Wie soll es mit der teuren und hochmodernen Kreismülldeponie Büttelborn weitergehen?

Grundsätzlich gilt, daß die Müllentsorgung eine öffentliche Aufgabe bleiben muß; demokratische Kontrolle muß gewährleistet sein. Privatisierungsvorhaben werden wir auch künftig ablehnen.

Wir meinen: Es muß schnellstens mit Land und Bund über einen „Lastenausgleich“ für diejenigen Landkreise verhandelt werden, die für teures Geld moderne Anlagen gebaut haben und jetzt auf den Kosten sitzen, weil die Abfallpolitik der Regierung Kohl das so bestimmte. Hierzu sollten per Gesetz die privaten Entsorger herangezogen

werden, die sich am Geschäft mit Abfällen goldene Nasen verdienen. Hierzu erwarten wir Initiativen und sichtbare Bemühungen des Kreistags und der Kreisverwaltung.

Wir erwarten, daß angesichts berechtigter Zweifel, ob der eingeschlagene ZAS-Weg richtig ist, im Zuge der weiteren Entwicklung die Gebühren nach unten korrigiert werden können. Ohne öffentlichen Druck wird sich hier mit Sicherheit aber nichts bewegen.

Gebührenerhöhungen von über 60% sind jedenfalls politisch nicht mehr zu vermitteln in einer Zeit, in der die Bürgerinnen und Bürger von einer SPD/Grünen-Bundesregierung sowieso ständig neue finanzielle Belastungen erfahren.

Immerhin gibt es auch bei uns Menschen, die merken jede Mark die sie am Ende des Monats weniger haben. Aber dauernd kommen neue Pläne auf dem Tisch. „Im sozialen Bereich müssen Töpfe gedeckelt oder ganz abgeschafft werden“ meinte der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen May und hört sich dabei an wie sein früherer Chef Hans Eichel. Dabei kann man schon fragen: Wie lange dauert es, bis man die nächste Gebührenerhöhung plant? Wer mit wachen Augen und Ohren die Politik in diesem Land täglich beobachtet, kann als Kommunalpolitiker den ständigen Gebührenerhöhungen nicht zustimmen!

Höhere Friedhofsgebühren

Das Sterben kostet nicht nur das Leben, sondern auch viel Geld. Scheinbar nicht genug, denn die Verwaltung hat eine Unterdeckung von fast 300.000 Mark pro Jahr bei den Gebühren errechnet. Die Gebühren sollen am 1. 1. 2000 und 1. 1. 2001 um 20 bis 80% erhöht werden.

Fortsetzung auf Seite 3



Der Himmel hat Grenzen

Der Luftverkehr ist - das ist Stand der Wissenschaft - die umweltschädlichste Verkehrsart überhaupt. Trotzdem wird mit einer rasanten Zunahme des Luftverkehrs gerechnet.

Die Erdatmosphäre ist nicht erweiterbar. Die erzeugten Luftschadstoffe belasten daher immer stärker unsere Atmosphäre. Dazu trägt der Luftver-

kehr besonders stark bei. Durch die Einbringung der Schadstoffe in große Höhen, wirken diese besonders stark und langanhaltend auf unser Klima.

Die von der Bundesregierung zugesagte und dringend erforderliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist nur mit einer Beschränkung des Luftverkehrs möglich.

Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Die steuerliche Vorzugsbehandlung des Luftverkehrs muß endlich ein Ende haben. Flugtreibstoffe müssen endlich auch für gewerbliche

Flüge besteuert werden. Ein Flug darf nicht billiger als die entsprechende Bahnfahrt sein. Auch ein Flugschein muß, wie eine Bahnfahrkarte, mit Mehrwertsteuer belegt sein.

Nicht nur das Klima wird durch den Luftverkehr geschädigt: Hunderttausende unserer Mitmenschen werden Tag und Nacht durch Fluglärm terrorisiert! In der Umgebung des Frankfurter Flughafens ist die Belastung mittlerweile unerträglich.

Daß Fluglärm nicht nur eine Belästigung ist, sondern auch die Gesundheit der Betroffenen stark beeinträchtigt, ist inzwischen wissenschaftlich belegt. Lärm, besonders auch Fluglärm, führt zu Bluthochdruck und Herz-/Kreislaufkrankungen, erhöhtem Herzinfarktrisiko und anderen Streßsymptomen. Untersuchungen an Kindern, die regelmäßig Fluglärm ausgesetzt sind, haben einen signifikanten Unterschied in der Konzentrations- und Leistungsfähigkeit zu Kindern ohne Fluglärmbelastung nachgewiesen.

Daher:

**KEIN FLUGHAFENAUSBAU -
FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT**

(Aus einem Flugblatt der Bürgerinitiative „Keine Flughafenerweiterung“, das am 3. Umweltaktionstag zum Flugverkehr (30.10.99) auf dem Flughafen verteilt wurde.)

Fortsetzung von Seite 2

In der Begründung heißt es: 1. Die letzte Erhöhung fand 1996 statt mit einem Plus von 10%; 2. Der Landrat hatte bei der Genehmigung der letzten beiden Haushalte auf die Gebühren hingewiesen, die kostendeckend sein sollten; 3. Die Krankenkasse, zahlten 2100,- bzw. 1050,- DM Sterbegeld. Damit reduzierten sich die Beisetzungskosten; 4. Die Beerdigungskosten könnten - was die Friedhofsgebühren und die Ausgestaltung angeht - von den Angehörigen selbst bestimmt werden; 5. Die Gebührenanhebung erfolgt in zwei Stufen.

Im Vergleich zu anderen Kommunen

liegt unsere Stadt günstig; auch noch nach einer Erhöhung. Wer über die Friedhöfe geht, wird feststellen, dass die Bürger sich die Grabsausstattung und -pflege viel Geld kosten lassen. Ist es da gerechtfertigt, dass allgemeine Steuermittel das Minus abdecken? Eine andere Frage ist nach der Errechnung des Minus zu stellen. Was rechnet man alles in die Kosten? Muss man Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals, Grünpflege etc. in die Kosten mit einkalkulieren? (Bei Ausweitung des Friedhofes Mörfelden steigen diese kalkulatorischen Kosten und damit ein Defizit.) Wie sieht es mit Ein-

sparungen aus? Kann bei zwei Friedhöfen an Maschinen/Einrichtungen und Personal gespart werden? Können durch kostengünstigere Urnenwände, gemeinsame Grabeinfassungen bei Reihenuarnengräbern (wie bei Erdgräbern) auch Kosten reduziert werden? Wir fordern seit Jahren Urnenwände für Walldorf. Es gibt dazu einen Stadtverordnetenbeschluss, doch bis heute sind sie nicht vorhanden. Es wäre also noch genügend abzarbeiten für die Verwaltung, bis sie an höhere Gebühren denkt.

Die DKP/OL-Fraktion lehnte diese Gebührenerhöhung jedenfalls ab.



„Wo er recht hat, hat er recht . . .

Nun ist Lafontaines Buch eine Weile auf dem Markt. Ohne sich in interne SPD-Diskussionen einmischen zu wollen, kann man doch bei vielen Passagen sagen: „Wo er recht hat, hat er recht!“

Zitate aus dem Buch von Oskar Lafontaine:

»Nach meinem Rücktritt hat die Politik der rot-grünen Koalition eine Entwicklung genommen, die ich nicht für möglich gehalten hätte und die mich mit großer Sorge erfüllt. Daß ausgerechnet unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland sich zum ersten Mal an einem Krieg beteiligte, der das Völkerrecht mißachtete und mit dem Grundgesetz nicht vereinbar war, ist schwer zu verkraften. Der Kosovo-Krieg rührt an den Nerv des sozialdemokratischen Politikverständnisses.«

»Mein Buch wendet sich gegen den radikalen Kurswechsel der rot-grünen Koalition zum Neoliberalismus und gegen das Vom-Tisch-Nehmen der Wahlversprechen. ... Sozialdemokraten haben nur dann eine Chance, politische Mehrheiten in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen, wenn sie die Interessen der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner vertreten. ... Wenn sie auf das Gerede einer Minderheit hereinfallen, die seit Jahren nach dem Motto verfährt, Reformen und

Verzicht stets bei den sozial Schwächeren einzufordern und selbst bei hohem Einkommen und Vermögen möglichst wenig Steuern zu zahlen oder möglichst viel Geld ins Ausland zu schaffen, dann werden sie ihren Auftrag verfehlen.« ... »Dabei hoffe ich, dazu beitragen zu können, daß sich Deutschland nicht noch weiter auf den Irrweg des Neoliberalismus begibt. Vor allem darf die SPD ihre Seele nicht verkaufen.« ...

»Als Jürgen Trittin Ende Juni 1999 auf Geheiß des Bundeskanzlers gegen seine eigene Überzeugung die Altautoverordnung der Europäischen Union kippte, habe ich ihn nicht mehr verstanden.« ... »Noch enttäuschender war die Haltung Fischers und der Partei der Grünen im Kosovo-Konflikt. Die Partei der Grünen, die einmal angetreten war, um zu demokratischeren Entscheidungsfindungen zu kommen, und deswegen das Rotationsprinzip erfunden hatte, beteiligte sich an der Debatte so gut wie nicht. Sie überließ alles Joschka Fischer. ... Der Krieg im Kosovo wurde von ihm moralisch begründet. Wer Realpolitik zur Grundlage seiner Entscheidungen macht, weiß, daß moralische Normen nicht allein das politische Handeln bestimmen können. Wer aber moralische Prinzipien zur Grundlage seiner Entscheidungen macht, verliert sehr schnell den notwendigen Abstand und gerät politisch auf Abwege.« ...

»Ich hatte gehofft, insbesondere in der Frage von Krieg und Frieden, einen Bündnispartner bei den Grünen zu haben, der mithelfen würde, eine Minderheit in meiner Partei in Schach zu halten, die schon immer militärische Interventionen auch außerhalb des Nato-Vertragsgebiets befürwortet hatte. Allerdings hatten auch diese Teile der SPD stets auf einem UNO-Mandat bestanden. Daß es einmal so weit kommen würde, daß bei der Befürwortung solcher militärischer Einsätze auch ohne UNO-Mandat Joschka Fischer sogar Rudolf Scharping übertreffen würde, habe ich nicht vorausgesehen.« ...

»Zu einer Zeit, in der schon wieder über Rentenkürzungen und Kürzungen von Arbeitslosengeld geredet wurde, klang es in den Ohren der Bürgerinnen und Bürger merkwürdig, daß wir in Jugoslawien Straßen, Brücken, Schienenwege, Energieversorgungs- und Wasserversorgungsanlagen bombardierten und zerstörten, um sie direkt,

wenn die Waffen schwiegen, mit dem Geld der ohnehin gebeutelten Steuerzahler wiederaufzubauen.« ... »Wenn man diese Politik fortsetzen wollte, dann wäre die erste Konsequenz, die Verteidigungsministerien wieder so zu benennen, wie sie früher einmal hießen: Kriegsministerium. Ein Verteidigungskrieg war der Kosovo-Krieg sicher nicht.« ...

»Die Sozialdemokraten haben sich, ohne daß es eine langwierige und aufwühlende Debatte darüber gegeben hätte, denkbar weit von ihrem traditionellen Selbstverständnis und ihrer alten politischen Logik entfernt.« ...

»Das Zukunftsprogramm 2000 wurde zum Zukunftsprogramm für die CDU. Sie gewinnt ohne eigenes Zutun die Wahlen, weil die sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler enttäuscht wurden und in großer Zahl nicht zur Wahl gehen. Mit dem Zukunftsprogramm 2000 der rot-grünen Bundesregierung wurde dieser Stellungswechsel überdeutlich. Unternehmen sollen um 8 Milliarden entlastet werden, zur Kasse gebeten werden vor allen Dingen Arbeitslose und Rentner. Die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnten der Bundeskanzler und sein Finanzminister ab. Offensichtlich geht es Rentnern und Langzeitarbeitslosen ja viel besser als den Besitzern großer Vermögen und deren Erben. »Umverteilung darf nicht von der sozialdemokratischen Tagesordnung genommen werden.«

». . . erwirbt man wirklich Vertrauen durch den Bruch von Wahlversprechen? ... Es ist immer wieder dieselbe Leier. Diejenigen, die hohe Einkommen und Vermögen haben, aber kaum Steuern zahlen und so gut wie nie vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, fordern am lautesten Reformen bei Renten, bei der Arbeitslosenversicherung und bei den Rechten der Arbeitnehmer. Besonders tun sich dabei Politiker, verbeamtete Professoren, Journalisten und selbständige Unternehmer und Verbandsfunktionäre hervor, die sich allesamt nicht vorstellen können, was es heißt, mit einer Rente von 1250 Mark, einem Arbeitslosengeld von 1400 DM, einer Arbeitslosenhilfe von 1000 DM oder der Sozialhilfe von 800 DM zu leben. Sie wissen häufig auch nicht, daß eine Verkäuferin oder ein Hilfsarbeiter mit einem Nettoeinkommen von ca. 2000 DM leben muß.«

10 Jahre Frauentreff

Nach Jahren intensiven Bemühens und dem Engagement vieler Frauen gründete sich am 3. Oktober 1989 der Frauentreff Mörfelden-Walldorf e. V. Für die Feier zum 10-jährigen Jubiläum am 23. Oktober 1999 hatten sich die Frauen einiges einfallen lassen. Es gab Neues aus der Frauenliteratur, eine kleine Bilderausstellung, Sketcheinlagen, ein Büffet, einen Auftritt der Liedermacherin Petra Acker und die Chronik des Frauentreffs.

Blicken wir zurück:

10 Jahre Frauentreff - ein stolzes Jubiläum. Nicht zuletzt deshalb, weil der Frauentreff eine lange und interessante Vorgeschichte hat. Diese Vorgeschichte ist ein Teil der örtlichen Frauenbewegung.

Wer sich mit ihr auseinandersetzt, kommt nicht an den Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn 18 West vorbei. Hier begann für viele Frauen das politische Engagement, hier erreichten Mut und Stolz für sie eine neue Qualität.

Ein wichtiges Datum war der 8. März 1981. Zum damaligen Internationalen Frauentag schlossen sich organisierte und unorganisierte Frauen unter dem Motto: „Zukunft den Kindern - Startbahn verhindern!“ zu einer großen Demonstration zusammen.

Nach dieser erfolgreichen Demonstration trafen sich Frauen regelmäßig zu bestimmten Aktionen und engagierten sich auch vor Ort in der immer stärker werdenden Friedensbewegung der 80ziger Jahre. Darüber hinaus entwickelte sich das Frauenforum, das bis heute als Gruppe besteht und jährlich den Internationalen Frauentag mitgestaltet.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Forums war der „Kampf“ für einen geeigneten Frauenraum.

Die Frauen verstärkten Anfang 1989 den Druck und am 3. Oktober 1989 konnte die Gründungsversammlung einen fünfköpfigen gleichberechtigten Vorstand wählen.

Der Frauentreff erarbeitet regelmäßig ein Programm mit unterschiedlichen politischen, feministischen, kulturellen, medizinischen und psychologischen Themen. Für die Frauen der Region bietet er eine Möglichkeit, zu Themen ihrer Wahl Vorträge anzubieten. Die Räumlichkeit Frauentreff kann darüber

hinaus von Frauengruppen belegt werden.

Der Frauentreff hat seit seiner Gründung um die 120 Veranstaltungen durchgeführt.

Ein Thema, das für Frauen örtlich und überörtlich immer wichtiger wurde, war die Einrichtung eines Frauenbüros. So beteiligte sich der Frauentreff an der Diskussion über die Aufgaben einer Frauenbeauftragten und im Mai 1995 nahm Linda Beckmann als externe Frauenbeauftragte in Mörfelden-Walldorf ihre Arbeit auf. Die Zusammenarbeit mit ihr nahm bald Gestalt an und bis heute gab es eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen. Dazu gehören die Frauenfrühstücke, die für Frauen aller Nationalitäten regelmäßig stattfinden. Auf der Geburtstagsfeier stellte der Frauentreff zudem seine Internetseite vor.

Ein neues Logo wird es auch bald geben und für das Jahr 2000 haben sich die Frauen wieder viel Interessantes vorgenommen

Helga Fritz

Die Anti-Kriegs-Initiative Mörfelden-Walldorf lädt ein zu einer Informationsveranstaltung

Rüstungsexporte

Bilanz nach einem Jahr rot-grüner Regierungspolitik

mit Thomas Klein, Kampagne gegen Rüstungsexporte

Montag, 29. Nov. 1999, 20 Uhr, Vereinsraum „Goldener Apfel“, Mörfelden



Schon wieder Radfahrer schwer verletzt

Immer häufiger liest oder hört man von Unfällen, bei denen Radfahrer schwere Verletzungen erlitten. Auch in unserer Stadt stieg die Anzahl der verletzten Radfahrer von 15 im Jahre 1997 auf 126 im Jahre 1998. Diese Zahlen zeigen, wie berechtigt die Bemühungen der DKP-Fraktion für Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse für Radfahrer sind.

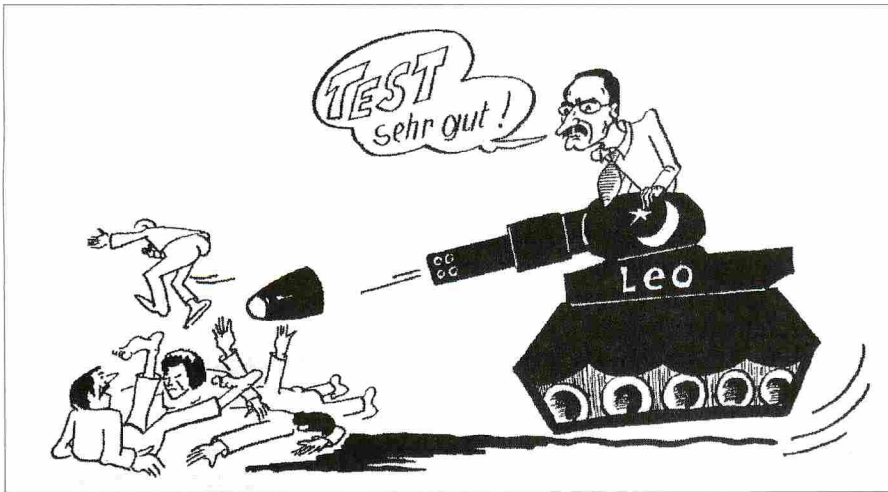
Dieser Tage wurde erneut von zwei schweren Unfällen berichtet, wobei ein Radfahrer beim Überqueren der Bundesstraße 486 in Höhe des Hotel Europa und eine Frau mit Fahrrad in der Nähe der Mörfelder Post von einem Auto erfasst und schwer verletzt wurden. Zu dem Unfall B 486-Schnepfenschneise ist zu sagen, daß an gleicher Stelle in den vergangenen Jahren schon öfter Unfälle, auch solche mit tödlichem Ausgang, passierten. Wer die Örtlichkeit kennt, weiß, wie gefährlich es ist, dort die Straße zu überqueren. Gerade in der schönen Jahreszeit ist die Schnepfenschneise, nicht zuletzt wegen des Naturfreundehauses und der Campingplätze, von Radfahrern und Spaziergängern, nicht selten mit Kindern, stark frequentiert. Sie stehen oft sehr lange an der Kreuzung bis

sich in der Autoschlange eine Lücke auftut, um dann wie die Hasen rennend, auf die andere Straßenseite zu kommen. Dabei ist festzustellen, daß nicht wenige Autofahrer, von der Autobahn kommend, die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht einhalten.

Bereits im Februar 1991 stellte die DKP-Fraktion im Stadtparlament einen Antrag, damit dort eine Bedarfsampel oder eine Überquerungshilfe (Insel) mit gelber Beleuchtung installiert wird. Der Antrag wurde im Mai 1991 einstimmig angenommen, aber in den inzwischen über acht Jahren hat sich außer Gesprächen und Ortsterminen mit dem zuständigen Straßenbauamt (DA) und der Straßenverkehrsbehörde (GG) noch nichts getan. Wie vom örtlichen Bauamt zu erfahren war, soll baldigst (?) mit der Errichtung einer Verkehrsinsel zum besseren Überqueren der Bundesstraße begonnen werden.

Man sieht wieder einmal: Amtes Mühlen mahlen langsam, manchmal müssen erst ein paar Unfälle passieren. Es stellt sich aber auch die Frage, hat die örtliche Behörde in den verflochtenen acht Jahren genügend Druck auf das Darmstädter Straßenbauamt ausgeübt?

Heinz Hechler



sie sowohl den Kampfpanzer „Leopard 2“ als auch die chemischen Kampfstoffe „testen“ wird.

Kaum waren Diskussionen um den Testpanzer leiser geworden, da kam die Meldung, man wolle nun an Griechenland Anti-Panzer-Minen liefern. Bleibt die Feststellung, wir werden ganz schön „verschrödert“ - und die Frage: wo bleiben da die sozialdemokratischen Friedensfreunde von einst?

Auch „Testpanzer“ rollen für den Krieg!

In den frühen Zeiten der Kohlregierung, als hierzulande Mittelstreckenraketen stationiert wurden, da sprachen sich viele Politiker- und solche, die es werden wollten - gegen jede Art von Waffenexport in Krisen- und Kriegsregionen aus.

Das war kein Fehler, denn die Rüstungskonzerne verdienten sich eine „goldene Nase“ an diesen Geschäften mit dem Tod, während die Empfängerländer in der sogenannten „Dritten Welt“ durch ihre Waffenimporte in noch größere Armut sanken. Darüber hinaus trug der Rüstungsexport nicht zur Entspannung der politischen Lage bei, sondern verschaffte einer der kriegführenden Parteien militärische Vorteile. Die Kosten und die Folgen trugen letztlich die arbeitenden und erwerbslosen Menschen, die kleinen Leute. An diesen Problemen im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Waffen änderte sich in den letzten zehn Jahren nichts Wesentliches.

Heute wie damals ist auch ein „Testpanzer“ kein Spielzeug, sondern erfahrungsgemäß die Vorstufe für größere Waffenlieferungen. Gerade der „Leopard 2“ als technische Weiterentwicklung früherer Panzergenerationen wurde bereits von der Bundeswehr auf „Herz und Nieren“ geprüft. Kein ernstzunehmender Politiker wird also glauben, daß die Türkei diesem hochmodernen Kriegsgerät durch eigene Tests noch eine besondere Seite abgewinnen könnte.

Nicht ohne Grund gilt der „Leopard 2“ als Exportschlager der deutschen Rüstungsindustrie. Der einzige Test die-

ses Waffengeschäfts mit der Türkei liegt in der Prüfung, ob es öffentliche und internationale Proteste hervorruft oder nicht.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Glos, warnte deshalb schon vorsorglich, eine Verweigerung des Panzerverkaufs stelle „logischerweise“ die NATO-Mitgliedschaft der Türkei „ein Stück weit in Frage“ (Frankfurter Allgemeine, 27. 10. 99).

Die Frage der Einhaltung von Menschenrechten bleibt dabei völlig ausgeklammert. Die militärische Logik erlaubt sie nicht, und die strategische Einbindung der Türkei in den „Westen“ ignoriert einfach die zahllosen Verbrechen des türkischen Militärs im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung.

„Verteidigungs“minister Scharping (SPD) erteilt der Regierung der Türkei sogar eine „Vorab-Absolution“, die gewünschte Lieferung von tausend „Leopard 2“ werde „im Lichte erwarteter Fortschritte der Menschenrechte dort getroffen“ (FAZ, 27. 10. 99).

Auf diese Weise lassen sich natürlich auch die Rüstungsgeschäfte Deutschlands mit dem indonesischen Schlächter Suharto rechtfertigen. Was kümmert es Scharping und Schröder dann noch, daß deutsche Waffen in der Türkei und Indonesien zur Zerschlagung demokratischer Bewegungen - einschließlich der nicht regierungshörigen Gewerkschaften - eingesetzt wurden? So sehen sie wohl auch die Unterstützung der Bundeswehr beim Aufbau eines Labors für chemische Kampfstoffe in der Türkei „im Lichte erwarteter Fortschritte der Menschenrechte“. Die vom Militär seit dem Putsch im September 1980 beherrschte türkische Regierung wird schon wissen, an wem

Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe



Kriege lösen keine Probleme

Wir wenden uns dagegen, daß die Kriegspraktiken von NATO-Staaten nunmehr an anderer Stelle kopiert werden. Wir wenden uns gegen jede Kriegspolitik. Wir betonen erneut: Kriege lösen keine Probleme, sondern verschärfen sie und schaffen neue.

Die Konflikte mit der tschetschenischen Regierung und den islamischen Rebellen können nur auf friedlichem Wege durch Verhandlungen beigelegt werden. Die großangelegten Militäraktionen sind das denkbar ungeeignetste Mittel, ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben der Völker und Völkerschaften in der krisengeschüttelten Region herbeizuführen.

So wie wir uns entschieden gegen den Krieg der NATO gegen Jugoslawien und gegen die Bombardierung jugoslawischer Dörfer und Städte gewandt haben wenden, wir uns heute gegen die Bombardierung und Beschießung von Dörfern und Städte in Tschetschenien und gegen die Kriegführung der russischen Regierung gegen die tschetschenische Bevölkerung.

Großmärkte für unsere Stadt?

Eine Diskussion wurde seitens der Stadtverwaltung entfacht, die eigentlich überflüssig ist. Man könnte meinen, es wären Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fürs Parlament, vielleicht will man auch von Wichtigem und Notwendigem ablenken. Zuerst kam ein umfangreiches Schriftstück auf den Tisch, dann wurden Expertengespräche, Diskussionsforen veranstaltet, wo wichtige, gewichtige Leute von außerhalb, von Verbänden und Organisationen geladen waren. Ziel: Ein Mittelzen-

Zufällig

Im Saal saß Geschäftsführer Dr. Tietze von Mabeg, dem Rumpfbetrieb von Mutter Roland in Offenbach. Er plädierte für dringend notwendige Ansiedlung von Großgeschäften. Denn schließlich, so verkürzt dargestellt, zwingt die Globalisierung zur Verwertung überflüssigen Geländes in Mörfeldens Südwesten. Legitim, dass der gute Mann an sich und den Profit zuerst denkt: Verkauf des Grundstücks zu hohem Preis. Zufällig saß ein Herr unweit dieses Firmenvertreters, der sich in der Diskussion als Investor und Planer von Märkten zu erkennen gab. Er sprach von einer verlogenen Diskussion. Aus seinen Worten war zu entnehmen, dass Klarheit gefordert sei. Wenn man Nein sage zu großflächigen Märkten, solle man nicht so tun, als sei die Diskussion ergebnisoffen. Und wenig später tauschten die beiden Herren ihre Visitenkarten aus. Wenn man sich doch evtl. mal gegenseitig helfen kann . . .

trum wie Mörfelden-Walldorf muss Angebote bieten für Käufer aus unserer Stadt selbst und auch für das Umland. Denn wo es ein Mittelzentrum gibt, da gibt es Ober- und Untertentren. Vielleicht sagt uns der Bürgermeister einmal, wie viel die Diskussion bisher gekostet hat.

Um der Begriffsstutzigkeit der Abgeordneten abzuwehren, wurden die Begriffe erläutert, damit man mit Kürzeln operieren kann. Was ist ein FOC (Factory Outlet Center), EZ (Einkaufszentrum), ein Verbrauchermarkt, ein Shop-in-shop, Mediamarkt etc.? Anfragen von Großmärkten seien die Ursache der Diskussionsrunde, erläutert Brehl. Und tatsächlich ist ein Baumarktvertre-

ter da, der sich im Industriegebiet Ost niederlassen will, evtl. mit Gartencenter. Kaufkraft von 16 Mill. Mark soll „abgeschöpft“ werden. Sieben mögliche Standorte in der Doppelstadt hat das Bauamt ausfindig gemacht, wo Großmärkte entstehen könnten. Man spricht von Abfluss der Kaufkraft, der Schaffung von Arbeitsplätzen, von neuen Verkehrsströmen, von Konkurrenzkampf, dem kleinere Märkte und vor allem Einzelhandelsgeschäfte im Innenstadtbereich nicht gewachsen seien. Unsere Meinung: Großmärkte gibt es in unserer Nachbarschaft genug. Wenn es Versorgungsengpässe gibt, dann in den Innenstädten mit Lebensmitteln, Waren des mittleren Bedarfs, Bekleidung etc. Man kann nicht einerseits die Innenstadt mittels städt. Engagements beleben (Tengelmann) und andererseits durch Großmärkte austrocknen. Das Ziel wäre eine attraktive, fahrradfreundliche Innenstadt, Fußgängerzonen, in denen Einkaufen Spaß macht.

Die SPD tut sich schwer mit Diskussion und Entscheidung. Sie will ein „unabhängiges“ Institut beauftragen, ein Gutachten zu erstellen. Darin sollen dann die Kundenwünsche dem Angebot der Geschäfte gegenüber gestellt werden. Mängel sollten aufgezeigt und Vorschläge erarbeitet werden. Der Optimist darf hoffen, dass ein arbeitsfähiges Konzept vorgestellt wird. Dennoch, welche Alternativen gibt es? Wenn man weder großflächige Märkte am Stadtrand, noch den heutigen unbefriedigenden Zustand will, muss man mit den Betroffenen über neue Möglichkeiten nachdenken. Diesem wollen können wir uns nicht verschließen. 50.000,- Mark werden dafür bereit gestellt. Überraschung löste die CDU aus, als deutlich wurde, dass sie Großmärkte willkommen heißt. Dabei hatte sie immer den Eindruck erweckt, sie sei Sachwalter der heimischen Geschäftswelt. Vielen Einzelhandelsgeschäften muss man aber sicher auf die Sprünge helfen. Oft schon wurden die unkoordinierten Öffnungszeiten moniert, die mangelhafte Präsentation, zu verbessern sind Freundlichkeit, Beratung und Service. Und dem Verbraucher muss man Folgendes ins Stammbuch schreiben: Denke beim Einkauf schon an eine evtl. Reparatur, an einen Ergänzungskauf, an die Anfahrtswege. Der Billigste muss nicht der Günstigste sein. RD

Wassersparen jetzt passé?

Die schwarz/gelbe Landesregierung streicht die Zuschüsse für Wassersparinvestitionen. In Konsequenz wurde die Fördersatzung unserer Stadt am 1. 10. 99 außer Kraft gesetzt.

Wie bekannt, hatte die SPD/Grüne-Landesregierung die Grundwasserabgabe eingeführt mit dem Ziel, Initiativen zum Wassersparen und zum Schutz des Grundwassers zu fördern. So mussten die Wasserwerke pro Kubikmeter geförderten Wassers 50 Pf in den Landeswassertopf zahlen. 1998 waren dies 916.484,- Mark. Einen beachtlichen Teil fraß die Wassertopf-Verwaltung auf. Viele Projekte wurden mitfinanziert. Manche waren eher fragwürdiger Natur. Ebenfalls in 1998 flossen 135.384,- Mark nach Mörfelden-Walldorf zurück.

Wie alles, was erst einmal Geld kostet, ist die Grundwasserabgabe weder bei Kommunen oder Wasserwerken, noch Verbraucher beliebt. Ob die Idee „Wassersparen“ voran kam, lässt sich nicht eindeutig bejahen. In Frankfurt z. B. ging der Verbrauch drastisch zurück, in unserer Stadt nur mäßig. Die Landesregierung hat die Förderung eingestellt aber nicht die Erhebung der Abgabe. Sie soll stufenweise auslaufen. Frage: Was geschieht mit dem Geld, das weiter sprudelt? Der Verbraucher sollte sich aber nicht zu früh freuen, dass die Wassergebühr gesenkt wird. Durch die hohen Investitionskosten für den Ausbau unserer Wasserversorgung könnten die eingesparten 50 Pf pro m³ gerade ausreichen. DR

LESERBRIEF

Mit Erstaunen las ich von dem teuersten Loch im Kreis Groß-Gerau. Als ehemaliger Kerweborsch Jahrgang 1949/50 war unser Loch für den Kerwebaum viel, viel billiger. Trotz großem Bauamt und großem Bauhof frage ich mich, wo bleibt da die Eigeninitiative und wer befürwortet solche Preise?

Dieses Geld wäre sinnvoll für Kindergärten ausgegeben worden. Oder haben Sie andere Vorschläge, was man mit 10.000 Mark anfangen kann?

Ein geschoccker Wähler (Name der Redaktion bekannt)

Stadtgeschichten



Dieses Foto aus dem Jahre 1912 soll an die vielen Waldarbeiterinnen erinnern, die über Jahrzehnte hinweg harte körperliche Arbeit verrichteten, wie es sich bei uns kaum noch jemand vorstellen kann. Was heute bei Waldanpflanzungen schwere Maschinen bewältigen, mußte bis in die 60er Jahre in mühevoller Handarbeit, oft in gekrümmter Haltung, mit dem Setzholz, der Sichel und der Hacke erledigt werden. In der Regel wurden im Frühjahr die jungen Baumpflänzchen gesetzt, im Sommer mit der Sichel ausgeputzt - d.h. Gras und Unkraut weggeschnitten - und im Herbst ausgebessert. Die Frauen waren dabei Wind und Wetter ausgesetzt und mußten den nicht selten weiten Weg zu ihrer Arbeitsstätte zu Fuß oder auch später mit dem Fahrrad zurück legen. Der Stundenlohn betrug in dieser Zeit etwa 20 bis 25 Pfennige.

Wir danken den Mitarbeitern des Walldorfer Museums für das uns zur Verfügung gestellte Bild, auf dem sie sämtliche Namen der Abgelichteten aufgeführt haben. Die Frauen, fast alle aus Walldorf, waren v.l.: Marie Prillewitz geb. Cezanne, Katharine Becker geb. Gumbart, Katharine Klindt geb. Neumann, Margarethe Schildge (Rüsselsheim), Katharine Coutandin geb. Förstner, Margarethe Dreilich (Kelsterbach), Margarethe Arndt geb. Magolf, Jakobine Menke geb. Hill, Elisabeth Köhler (Mitteldick), Margarethe Pons geb. Förstner, Mathilde Heppel (Rüsselsheim), Margarethe Pons geb. Vinson, Marie Coutandin geb. Becker. Die Männer v.l.: Friedrich Merk, Ernst Emmerich, Wilhelm Merk, Lorenz Pons.



Herzliche Einladung

Alle unsere Freunde und Helfer laden wir zu einem Jahresabschlußfest am Mittwoch, 15. Dezember, 20 Uhr ins Bürgerhaus Mörfelden ein.

Der Autor Dr. Eberhard Dähne stellt sein Buch vor:
„Die Freiheit und der Äpfelwein sind heuer gut geraten“.
Es gibt eine Tombola und die Möglichkeit, originelle Weihnachtsgeschenke zu erwerben.

Man kann gut Essen und Trinken,
Gedankenaustausch und gute Stimmung gibt's zusätzlich.

DKP Mörfelden-Walldorf und die „blickpunkt“-Redaktion

Unser Lexikon



Boijemöster
Bürgermeister